



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einem starken sozialen Europa mit guter Arbeit und fordert alle politischen Ebenen auf, in der Europäischen Union in der nächsten Wahlperiode für eine grundlegende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Sorge zu tragen.

Dazu gehören:

1. die Stärkung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte (z.B. ein klares Bekenntnis zur Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft);
2. der Ausbau der Partizipations- und Mitbestimmungsrechte in Unternehmen mit europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten;
3. faire Regeln für den EU-Arbeitsmarkt, Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort;
4. eine rigorose Bekämpfung von Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Schlepperunwesen und Korruption und eine strenge Ahndung von Verstößen gegen soziale Grundrechte und Sozialstandards;
5. die Absicherung und Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes;
6. eine umfassende Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik (Geschlecht, Entgeltgleichheit usw.);
7. eine den Lebensstandard sichernde und armutsfeste Rentenpolitik unter Wahrung der Heterogenität der nationalen Rentensysteme;
8. ein arbeitsplatzschaffendes Zukunftsprogramm für die Jugend (Jugendbeschäftigungsgarantie usw.).

Begründung:

Die europäische Integration verliert bei den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union an Akzeptanz. Viele haben den Eindruck, dass in der EU ihre materiellen und sozialen Interessen zu kurz kommen, weil die Politik einer „marktgerechten Demokratie“ (Merkel) zu sehr auf die Märkte ausgerichtet ist. Immer mehr Menschen droht sozialer Abstieg. Der von Sozialkommissar László Andor 2013 vorgestellte Europäische Sozial- und Beschäftigungsbericht zeigt, dass sich die soziale Spaltung in Europa im Zuge der einseitigen Bekämpfung der Finanz-, Schulden- und Bankenkrise verschärft hat. Die Lebensumstände in vielen EU-Mitgliedstaaten, vor allem aber auch zwischen nördlichen und südlichen Euro-Ländern, klaffen immer weiter auseinander, mit schwerwiegenden Folgen für alle – wie zum Beispiel Ab- und Zuwanderung. Dabei stellt sich die Lage ausgerechnet in der Euro-Zone dramatisch schlechter dar als im Rest Europas.

Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit und soziale Ausgrenzung haben infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu-, statt abgenommen. Neben der alarmierenden Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Euro-Ländern gibt es einen europaweiten Trend zur Polarisierung zwischen gut und schlecht bezahlten Jobs. Dazu kommt eine demografische Entwicklung, die auch funktionierende Wohlfahrtssysteme unter Druck setzt. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine soziale Krise geworden, die sich verfestigt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Davon ist die Jugend Europas besonders betroffen. Arbeitnehmerrechte werden zum Teil drastisch abgebaut, Grundrechte werden nachhaltig verletzt.

Die einfache neoliberale Gleichung Wachstum = Wohlstand ist in der Lebenswirklichkeit nicht aufgegangen, zumindest nicht für alle. Im Gegenteil: Die aktuelle Entwicklung fördert die Armutsmigration, schwächt weiter die Identifikation der Bürger mit der EU, stärkt nationalistische Strömungen, gefährdet den sozialen Frieden und das europäische Projekt als Ganzes.

Nur wenn sozialpolitische Aspekte bei europäischen und die EU betreffenden Entscheidungen künftig den gleichen hohen Stellenwert haben und genauso berücksichtigt werden wie fiskal- und wirtschaftspolitische, wenn die EU neben der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine starke soziale Ausrichtung der EU ein zweites, arbeitnehmerfreundliches Standbein bekommt, kann die europäische Integration das not-

wendige Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Die europäische Politik ist nicht alternativlos. Es gibt Alternativen – wir brauchen einen klaren Politikwechsel für ein soziales, gerechtes und demokratisches

Europa. Ein Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung, ein Europa, in dem jüngere wie ältere Menschen in Würde arbeiten und leben können, wie dies die europäische Idee auch zum Inhalt hat.